

Jugend & Familie

Ausgabe Februar 2016 / Nr. 2

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich



Wie lange werden christliche Werte in unserem Land noch toleriert?

Bekennende Christen und christliche Organisationen kommen immer mehr unter Druck. Auch die christlich-abendländisch geprägte Leitkultur unseres Landes wird immer stärker in Frage gestellt. Wir müssen uns auf schwierige Zeiten vorbereiten.

Auch letztes Jahr war es wieder einmal soweit. Am 1. Dezember brachte die Penderzeitung «20Minuten» unter dem Titel «Freikirchen missionieren Asylzentren» eine Breitseite gegen christliche Betreuer in Asylzentren. «In manchen Flüchtlingsunterkünften gehen Freikirchler ein und aus», hiess es da. Wie schrecklich! Bekennende christliche Helfer seien dort gefälligst nicht gefragt, liess die Zürcher Asylorganisation AZO verlauten. Sie könnten sonst noch auf die Idee kommen, neu eintreffende Muslime zum Christentum zu bekehren. Solches sei nicht erwünscht.

Hetzkampagnen gegen christliche Werke

Fast gleichzeitig kam der christliche Mediendienst «Livenet» unter Beschuss. «Evangelikale rekrutieren auf Staatskosten – Bund greift ein» titelte der «Blick» am 3. Dezember. Gewettert wurde gegen ein Inserat, mit welchem der Verein «Livenet» Zivildienstleistende suchte. Livenet verbreite «ultra-konservatives Gedankengut», meinte der «Blick» und verunglimpfte die

Mitarbeiter kurzerhand als «Christen-Frömmeler».

Tatsächlich leisten immer mehr junge Schweizer, Zivil- statt Militärdienst. Bis 2018 rechnet der Bund mit einem Bedarf von 18'000 Stellen. Berechtig, Zivil einzusetzen, ist jede gemeinnützige Institution mit Sitz in der Schweiz. Auch atheistische oder agnostische Organisationen können solche engagieren. Bloss christlich ausgerichtete Werke dürfen dies offenbar nicht...

Zu christlich für staatliche Förderung

Erinnern wir uns: Schon 2014 wurde bekannt, dass das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) 18 christlichen Werken die Subventionen für ihre Jugendarbeit gestrichen hatte. Gewisse Werke – darunter Adonia, die Jungscharen (Besj) oder die Heilsarmee – seien für eine Unterstützung gemäss Bundesgesetz über die Jugendförderung vom 1. Januar 2013 «zu missionarisch» und hätten kein Recht auf staatliche Unterstützung. Den betreffenden Werken wurden rund 670'000 Franken jährlich gestrichen. Das Subventions-

verbot gilt nur für Werke mit einer religiösen Botschaft, während (auch extremistische) politische Jungparteien oder Gewerkschaften weiter staatlich begünstigt werden.

Aber nicht bloss werden christliche Organisationen immer stärker Opfer einer antichristlich-atheistischen Stimmung, zur gängigen Strategie gehört auch, christliche Symbole aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen.

Die Neuenburger Weihnachtskrippe

Ein Beispiel bot vor Weihnachten die Stadt Neuenburg. Ende November stand unter dem Weihnachtsbaum vor dem Stadthaus eine schöne, holzgeschnitzte Krippe mit Josef, Maria und dem Christkind. Das passte dem Verantwortlichen der Stadtverwaltung für «Urbanismus», Olivier Arni, gar nicht. Als er die Krippe entdeckte, liess er sie sofort entfernen. Sie habe eine zu starke religiöse Bedeutung und widerspreche dem allgemeinen Verständnis des Laizismus. Die Tanne dürfe bleiben, nicht jedoch die Krippe.

Der Entscheid fand wenig Verständnis. «Man könnte geradeso gut Weihnachten und die Sonntage abschaffen, es seien ja christliche Feiertage», meinte der bekannte protestantische Pfarrer und Ethiker Denis Müller. Die Empörung wurde so gross, dass die Behörden zurückkrebten. Die Krippe wurde doch noch ausgestellt, aber an einem anderen Ort – vor einer Kirche.

Verbot von Schmuckkreuzen

Aber nicht nur das Aufstellen christlicher Symbole, auch das persönliche Tragen christlicher Bekenntniszeichen – wie etwa ein Schmuckkreuz – wird zunehmend eingeschränkt.

So wurde anfangs Dezember bekannt, dass Adliswil den rund 300 städtischen Mitarbeitern das sichtbare Tragen von Kreuzen während der Arbeit verbieten will. Mit 20 zu 15 Stimmen beschloss der Stadtrat, das Personalstatut auf den 1. März 2016 so zu ändern, dass künftig eine «neutrale Bekleidung» verlangt werden kann. Er befürchtet, dass religiöse Zeichen die Gefühle nicht-religiöser Bürger verletzen könnten.

Fortsetzung auf S. 2



Auf den Bildern oben die Unterschriftenübergabe für das Referendum bei der Bundeskanzlei.

Erfolgreiches Zustandekommen des Referendums gegen das neue PID-Gesetz

Dank dem Zusammenwirken verschiedenster Komitees konnten wir am 10. Dezember der Bundeskanzlei 58'112 beglaubigte Unterschriften gegen das neue PID-Gesetz übergeben. Auch eine breite Gruppe von Parlamentariern aus fast allen Parteien unterstützt das Referendum, so nebst Nationalrätin Marianne Streiff (EVP/BE) auch Ständerat Peter Föhn (SVP/SZ), die Nationalrätinnen Christine Häslar (GP/BE) und Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BS), sowie die Nationalräte Christian Lohr (CVP/TG), Mathias Reynard (SP/VS), Marco Romano (CVP/TI) und Alt-Grossrat Martin Friedli (EDU/BE).

Die Volksabstimmung findet voraussichtlich am 5. Juni 2016 statt. Die breite Unterstützung des Referendums von ganz links bis rechts lässt hoffen, dass es für den vorgeburtlichen Schutz behinderter Menschen positiv ausgehen könnte. Wenn dann eine Mehrheit der Stimmenden ein «NEIN» auf den Stimmzettel schreibt, erhält das Parlament implizit den Auftrag, das PID-Gesetz deutlich restriktiver auszugestalten. Allerdings müssen sich hierfür die Behindertenorganisationen, Frauenverbände und insbesondere die Kirchen deutlich stärker engagieren, als es bei der Unterschriftensammlung der Fall war.

Käthi Kaufmann-Eggler

Fortsetzung von S. 1

Schwierige Situation in Genf

Auch in Genf soll eine neue Bestimmung den Beamten untersagen, bei ihrer beruflichen Tätigkeit ein religiöses Symbol zu tragen. Vertreter des Staates sollen, «wenn sie in Kontakt mit der Öffentlichkeit sind», davon absehen, «ihre religiöse Zugehörigkeit durch Äusserungen oder sichtbare Symbole kenntlich zu machen».

Die antichristliche Grundhaltung der Genfer Behörden ist auch in anderem Zusammenhang in Erinnerung: 2014 wollte das Genfer Kammerorchester (OCR) die Kinderoper «Noahs Sintflut» des Komponisten Benjamin Britten aufführen. Die Oper animiert Kinder und Publikum – begleitet von einem Orchester – zum Mitsingen. Da es sich bei der Sintflut um ein biblisches Thema handelt, ist ein Teil der Verse religiös konnotiert. Das war den Behörden dann doch zu viel des Christentums. Das Bildungsdepartement beschloss, das Projekt bereits im Keim zu ersticken. Angeführt wurde ein «Verstoss gegen das Prinzip der Religionsneutralität».

Die neuen Bestimmungen treffen nebst den öffentlichen Angestellten mit un-

mittelbarem Publikumsverkehr vor allem das Medizinalpersonal und die Lehrerschaft. Für das Lehrpersonal wird es immer schwieriger, der Schülerschaft noch religiös-ethische Werte zu vermitteln. Schon lange tobt vielerorts der Streit um das jährliche «Weihnachtsspiel». Auch christliche Weihnachtlieder sind mittlerweile an vielen öffentlichen Schulen tabu.

Liquidierung des christlichen Wertbezugs

Unsere Behörden haben einen gewaltigen Drang entwickelt, möglichst jeden Bezug zum christlich-abendländischen Erbe aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Hierzu gehört nicht nur das Entfernen christlicher Symbole aus dem öffentlichen Raum. Auch in staatstragenden Institutionen wie Ehe und Familie, in der schulischen Erziehung und in der gesamtgesellschaftlichen Struktur soll jeder Bezug zum christlichen Wertsystem liquidiert werden. Dass das Funktionieren unserer Gemeinschaft jedoch genau auf einem solchen Wertbezug basiert, wird dabei gerne übersehen.

Bevölkerung macht nicht mit

Erstaunlicherweise zeigt die Bevölkerung immer wieder beträchtliche Re-

sistenz gegen diese Bemühungen der politisch Verantwortlichen zur Liquidierung unserer christlich geprägten Leitkultur. Der Protest gegen die Entfernung der Neuenburger Krippe ist nur eines von vielen Beispielen. Auch das klägliche Scheitern der im Juni 2014 lancierten «Initiative für ein säkulares Wallis» war ein deutliches Zeichen. Bloss 2'000 von 6'000 benötigten Unterschriften kamen zusammen.

Allerdings bleibt es eine Tatsache, dass liberal-agnostisch-atheistische Kreise in Politik und Medien einen massiven Drang entwickeln, das Christentum in unserem Land einzuschränken und zu bedrängen. Dabei geraten insbesondere bekennende, freikirchliche Christen, aber auch dezidierte Katholiken ins Schussfeld.

Die Löwen kommen

Vor zwei Jahren veröffentlichte Vladimir Palko, langjähriger Parlamentsabgeordneter und von 2002–2006 Innenminister der Slowakei, ein eindrückliches Buch mit dem Titel «Die Löwen kommen»*. Darin schildert er, wie sich in den letzten Jahrzehnten in den westlichen Gesellschaften ein neuer Wertekanon etabliert hat, der eine fundamentale Abkehr vom bis ins



Unsere Arbeitsgruppe „Jugend und Familie“ setzt sich ein für Ehe und Familie, für das Recht auf Leben von der Zeugung bis zum natürlichen Tod und für die christlichen Grundwerte in Schule, Staat und Gesellschaft.

Mit unserem Programm „Mut zur Familie“ wollen wir diese Grundwerte auch in die nichtchristlichen Medien und in die Tagespresse hinaustragen und Zeugnis für die Familie ablegen. Im Bild links: Käthi Kaufmann-Eggler, Präsidentin unserer Arbeitsgruppe, im „Club“ des Schweizer Fernsehens vom 5. Januar 2016.

Bitte unterstützen Sie unseren Einsatz auch mit einem finanziellen Beitrag. Vielen Dank!

Vielleicht kann jemand helfen?

Wir suchen:

- **Ein funktionstüchtiges Töffli** für eine sechsfache Mutter, damit sie günstig und rasch zu ihrem Arbeitsplatz im Altersheim fahren kann.
- **Einen in der Höhe verstellbaren Klavierstuhl** für eine kleine Musikantin einer Zuger Bauernfamilie mit neun Kindern.
- **Eine kleine Handorgel mit Tasten** für das älteste Mädchen einer sechsköpfigen Familie aus dem Bernbiet, das gerne Handorgel spielen lernen möchte (Bild rechts oben).
- **Eine gute Fee oder «Ersatzgrossmutter»** für eine fröhliche, gläubige Familie in Kerns mit fünf Kindern. Die Eltern wären sehr, sehr dankbar für jemanden, der hin und wieder vorbeikommt und etwas mithilft und vor allem auch die Kinder hütet, damit die Mutter unterdessen mal schnell allein einkaufen oder ungestört einige Schreibarbeiten erledigen kann.
- **Ein gemütliches Sofa:** Familie S. schreibt uns: *«Wir sind eine junge Familie aus dem Glarnerland. Unser Sohn Kilian ist 4 Jahre alt und die Zwillingss-Mädels Ladina und Livia (Bild rechts unten) feiern bald ihren 2. Geburtstag. Wir bewirtschaften einen Landwirtschaftsbetrieb mit 30 ha Land, 22 Kühen, 4 Rindern, 4 Kälbchen, 3 Hühnern, 2 Hasen, 3 Katzen und unserer Hündin Senta. Den Hof zu bewirtschaften mit drei kleinen Kindern ist nicht immer einfach, erfüllt uns aber sehr. Wir sind sehr stolz auf unsere Kinder. Sie machen toll mit, auch wenn wir Eltern viel arbeiten. Wenn sie dabei sein können, sind sie zufrieden und glücklich. Wir wünschen uns schon lange ein neues Sofa, wo wir alle zusammen Platz haben, um zu kuscheln und rumzualbern. Leider fehlt uns dazu das nötige Geld, vor 5 Jahren haben wir unseren Hof gekauft und haben seither stetig in den Hof investiert. Diverse Maschinen mussten ersetzt und kleinere Umbauten getätigt werden, um eine artgerechte Tierhaltung zu führen.»*



**Hinweise und Hilfsangebote bitte wie üblich an
Telefon 031 351 90 76. Vielen Dank für jedes Mittragen!**

20. Jahrhundert prägenden christlichen Menschenbild darstellt. Diese «anthropologische Revolution», wie der Autor den Paradigmenwechsel bezeichnet, ist drauf und dran, sich mit Machtmitteln auszustatten, um ihre Errungenschaften zu festigen und gegen Kritik abzusichern.

Tatsächlich sollten wir uns auf eine Zeit einstellen, in der – unter Berufung auf sogenannten «liberale» Prinzipien – das unverkürzte Verkünden der christlichen Botschaft eingeschränkt, ja gar mit Gefängnis bestraft wird. Die heutige Situation erinnere ihn an die Vorläufer der kommunistischen Machter-

greifung, diagnostiziert Palko und illustriert dies mit der wachsenden Zahl von Übergriffen und Benachteiligungen, denen Christen heute ausgesetzt sind, wenn sie sich gegen den vorherrschenden Wertekanon auflehnen und sich nicht nach dessen Spielregeln verhalten. Daher auch der Titel des Buches: «Die Löwen kommen», das ganz herzlich zur Lektüre empfohlen sei!
Celsa Brunner

* Vladimir Palko, «Die Löwen kommen: Warum Europa und Amerika auf eine neue Tyrannei zusteuern», De-Medienverlag, ISBN 9783863570729, 503 Seiten, Fr. 17.90

Kurzmeldungen

Internet erstmals wichtigste Informationsquelle

Eine repräsentative Umfrage der Universität Zürich ergab, dass mittlerweile 88 von 100 Schweizern das Internet nutzen. Mit 22 Stunden pro Woche bewegen sich Herr und Frau Schweizer zudem mehr als doppelt so lange im Netz als noch im Jahr 2011. Vor allem durch die Verbreitung von Smartphones sei die Nutzung stark gestiegen. 72 Prozent der Internetnutzer sind auch unterwegs

online – rund dreimal so viele wie noch 2011 (26 Prozent). Spitzenreiter sind dabei die 14- bis 29-Jährigen (über 90 Prozent). Das Chatten (71 Prozent der Nutzer) explodierte vor allem dank WhatsApp, wobei auch hier junge Leute weitaus aktiver sind. *(idea)*

Gratis-Hochzeit – falls die Ehe für immer hält

Brautkleid, Ringe, gutes Essen für die geladenen Gäste: Eine Hochzeit geht schnell ins Geld. Das Start-up Swanluv aus Seattle (USA) will Paaren mit einer ungewöhnlichen Idee ein solches Fest ermöglichen. Auf der Website von Swanluv können sich Heiratswillige um bis zu 10'000 Dollar Zuschuss für die Hochzeit bewerben. Geht die Ehe aber irgendwann in die Brüche, muss das erhaltene Geld wieder zurückgezahlt werden.

Swanluv profitiere aber nicht direkt von den Scheidungen, sagen die Macher der Seite. Vielmehr würden «100 Prozent des Geldes von Geschiedenen für die Hochzeiten von anderen Paaren verwendet», heisst es bei Swanluv. Geld verdienen will das Start-up laut eigenen Angaben durch Werbung auf der Website. Wie genau Swanluv die Paare auswählt, die die 10'000 Dollar erhalten, will das Start-up nicht verraten. Es soll aber ein spezieller Algorithmus verwendet werden. *(ap)*

Atheisten wollen Hotel-Bibeln verbieten

In einem Schreiben an weltweit namhafte Hotel-Ketten forderten Atheisten in der Woche vor Weihnachten, dass keine Bibeln mehr in den Hotelzimmern liegen dürften. Die Schrift rufe zum Töten von Ungläubigen auf. Ausserdem sei es ein nicht hinnehmbarer Affront gegen Menschen anderen oder keinen Glaubens, mit diesem Buch konfrontiert zu werden.

Gebetsanliegen des Monats:

Wir beten:

- **Für eine Familie aus dem Kanton St. Gallen: dass sich der Vater vermehrt nicht nur seiner Öffentlichkeitsarbeit und der Politik widmet, sondern auch seiner Frau und den sechs Kindern.**
- **Für eine Familie im Berner Oberland: dass die schweren Kreislaufprobleme des Vaters geheilt werden können.**
- **Für den Jüngsten einer sechsköpfigen Solothurner Familie: dass er dank dem Wechsel der Schule und der Lehrperson nun wieder ein ausgeglichener, fröhlicher Zweitklässler wird.**
- **Für eine alleinerziehende vierfache Mutter im Kanton Zürich, der wegen Eigenbedarfs die Wohnung gekündigt wurde: dass sie bald ein neues Daheim findet.**

28. Februar: Volksabstimmung gegen die «Heiratsstrafe»

In der Schweiz zahlen etwa 80'000 Doppelverdienende Ehepaare höhere Bundessteuern als gleich gut verdienende Konkubinatspaare. Die Einkommen der Eheleute werden addiert, weshalb diese in eine höhere Steuerklasse rutschen, als wenn sie selbständig veranlagt würden. Betroffen von dieser «Heiratsstrafe» sind auch rund zehntausend Rentner. Das Bundesgericht verlangte bereits 1984 (vor über 30 Jahren!) eine Korrektur dieses Missstandes.

Die CVP reichte deshalb am 5. November 2012 die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ein, welche diese Diskriminierung der Ehepaare beseitigen will. Über sie stimmen wir am 28. Februar 2016 ab. Die Initiative umfasst drei einfache Punkte:

1. Eine Definition der Ehe als «auf Dauer angelegte, gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau»;
2. die gemeinschaftliche Besteuerung der Ehepartner als «Wirtschaftsgemeinschaft»;
3. die Abschaffung der «Heiratsstrafe».

Homo-Lobby, Sozialisten und Liberale dagegen

Die Initiative wird von verschiedener Seite massiv bekämpft. Am vehementesten äusserten sich die Homo-Lobby,

die Grünen und die Sozialisten. Sie wollen nicht, dass die Ehe als Verbindung von Mann und Frau in der Verfassung verankert wird. Die Liberalen wiederum stören sich an der Besteuerung der Ehepaare als «Wirtschaftsgemeinschaft». Für sie gibt es nur das Individuum und entsprechend fordern sie die Individualbesteuerung. Zudem befürchten sie, dass mit der Abschaffung der Konkubinatspaar-Bevorzugung die Anreize für eine Zweiterwerbstätigkeit gesenkt und die «klassische Aufteilung der Familienarbeit» gefördert würden. Dies widerspricht der liberal-sozialistischen Doktrin, die Kinder in die Fremdbetreuung zu geben und die Mütter unbedingt in den Erwerbsprozess zu zwingen.

Bitte sagen Sie JA!

Das Parlament (SP, Grüne, GLP, FDP) hat die Initiative abgelehnt. Auch die Medien sind dagegen. Demgegenüber hat der Bundesrat die Initiative unterstützt. Unsererseits setzen wir uns mit aller Kraft für das wichtige Anliegen ein. Nicht zuletzt die Tatsache, dass damit die Ehe als «auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» in der Verfassung festgelegt würde, ist für uns Grund für ein entschiedenes JA zur CVP-Initiative gegen die Heiratsstrafe!

Lanciert wurde die Aktion von der amerikanischen «Freedom From Religion Foundation». *(idea)*

Hochzeit ohne Trauzeugen

Der Nationalrat möchte das Ja-Wort

in Zukunft unbürokratischer gestalten. Die zwingenden Erfordernisse von zwei Trauzeugen und einer zehntägigen Wartezeit zwischen Vorbereitungsverfahren und Trauung sollen aufgehoben werden. Mit 92 zu 86 Stimmen hiess die grosse Kammer eine Motion mit diesem Anliegen gut. Der Vorstoss geht nun in den Ständerat. *(sda)*

Impressum:

Erscheinungsweise: monatlich
Jahresabonnement: Fr. 20.–
Spendenkonto PC 80–33443–1
Redaktion dieser Ausgabe:
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76
E-Mail: kaufmanns@livenet.ch
www.jugendundfamilie.ch
Hilfesuche betreffend Familien in
Not sind zu richten an:
Franziska Wyss, Pilatusblick 24,
6015 Luzern, Telefon 041 340 04 52
Adressänderungen bitte an den Verlag:
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»
Postfach 4053, 8021 Zürich
Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach